

Rede zur Haushaltsberatung im Kreistag am 08.02.2022

Von Jürgen Spenrath im Namen der AfD Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages Heinsberg,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

“Eine Rede zu schreiben, die nicht gehalten wird und somit ungehört zwischen Ordnerdeckeln verschwindet, ist eine brotlose Kunst.“

Mit diesem Satz begann meine Haushaltsrede zum Haushalt des vergangenen Jahres. Leider wurde auch das Jahr 2021 durch die Corona- Pandemie geprägt und auch jetzt müssen wir erneut eine spürbare Einschränkung des politischen Diskurses hinnehmen.

Der vorliegende Haushaltsplan des Kreises Heinsberg für das Jahr 2022 steht wieder in der Kontinuität seiner Vorgänger und weist deshalb auch nur Besonderheiten im Rahmen der Finanzierung der Corona-Krise auf.

Sind die Pflichtaufgabe finanziert, so gibt es auch im vorliegenden Haushalt nur noch wenig Spielraum für Wünschbares. Kreativität ist gefordert!

Auch im Kreis Heinsberg werden sich mittel und langfristig gesehen erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung kommunaler Aufgaben einstellen.

Das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG) hat auch dem Haushalt des Kreises Heinsberg etwas Luft verschafft.

Zu den langfristigen Folgen haben wir bereits Stellung genommen, diese wiederholen wir hier noch einmal.

Die Regelungen des § 6 unter dem Titel “Behandlung der Bilanzierungshilfe in den Haushaltsjahren nach 2022“ geben den Kommunen einen Gestaltungsspielraum, jedoch ist unabhängig davon eine Belastung der Haushaltsjahre nach 2025 absehbar und unvermeidlich.

Auch der Kreis Heinsberg steht deshalb vor finanziell schwierigen Zeiten.

Wir haben schon bei der Haushaltsberatung für das Jahr 2021 bemängelt, dass der Kreis Heinsberg sich zu sehr vom Zeitgeist treiben lässt. Unsere damalige Forderung “Es muss nun Schluss sein mit sowohl wirtschaftlich wie auch ökologisch sinnlosen Gedankenspielen wie Klimamanagement, Energiewende und Verkehrswende“ ist ungehört verhallt. Einige der in unserem Kreistag vertretene Parteien hängen der Doktrin vom Vorrang eines Klimavorbehaltes an. Wenn sich diese Denkweise durchsetzt besteht die Gefahr, dass zukünftig die Spielräume für wirtschaftliches Handeln eingeengt werden.

Die ideologisch überladene Klimadiskussion hat die sachlich und fachlich basierte Umweltdiskussion der letzten Jahrzehnte leider weitgehend verdrängt. Die positive Entwicklung hin zu mehr Umweltschutz und damit auch Klimaschutz wird dadurch gefährdet.

Bei der Aufstellung des Kreishaushaltes für das Jahr 2022 und die folgenden Jahre gibt es eine Reihe von Unwägbarkeiten, denn wir leben in unruhigen Zeiten.

Stichwort: Inflationsgefahr. Die allgemeinen Preissteigerungen und im Besonderen der Anstieg der Energiekosten wird auch die öffentlichen Haushalte berühren. Die Prognosen für die nächsten Monate stellen sich uneinheitlich dar.

Stichwort: Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlenrevier. Der Kreis Heinsberg wird aufgrund seiner Lage innerhalb des Rheinischen Braunkohlenreviers von dem bevorstehenden Strukturwandel erfasst werden.

Dies gibt Anlass zur Sorge, wenn man sich vergleichbare Vorgänge in der Vergangenheit anschaut. So gab es im Ruhrgebiet aber auch in anderen Landesteilen Nordrhein-Westfalens unter dem Begriff Strukturwandel in Wahrheit Strukturbrüche.

Wertschöpfungsketten wurden zerstört.

Ein wirklicher Wandel wurde selten geschafft und so haben viele Regionen unseres Landes ihre wirtschaftliche Bedeutung verloren.

Nun steht uns vor unserer Haustür im Rheinischen Braunkohlenrevier ein gewaltiger Strukturbruch bevor.

Denn das Rheinische Braunkohlenrevier als Standort der Energieerzeugung und als Standort energieintensiver Unternehmen wird, wenn es nach den Plänen der Öko-Sozialisten geht, bald der Vergangenheit angehören.

Unsere Region steht vor der Gefahr, sich in ein öko-sozialistisches Armenhaus zu verwandeln.

An dieser Stelle werden sicherlich Einwendungen laut und der Hinweis gegeben, dass der Kreis Heinsberg mit seiner Beteiligung am Projekt Future Site InWest Geilenkirchen Lindern aktiv den Strukturwandel begleitet.

Bei näherer Betrachtung gibt es für diese Projekt eine Reihe von Friktionen. Dazu gehört die Tatsache, dass die für das Projekt nach dem Landesentwicklungsplan (LEP), vorgesehene Fläche als Standort für landesbedeutsame, flächenintensive Großvorhaben ausgewiesen war. Diese Flächenreservierung war ein Anachronismus aus einer Zeit, in der solche Vorhaben in Deutschland noch als zukunftssträftig angesehen wurden.

Ohne die Fördermittel aus der Bundeskasse im Rahmen des angestrebten Strukturwandels wäre das Projekt auch heute nicht machbar.

Fördermittel garantieren aber keinesfalls den Erfolg eines Projektes. Das dürfte sich bereits herumgesprochen haben.

Auch der Widerstand von Bürgern am Standort des Projektes Future Site InWest in Geilenkirchen-Lindern und in den Orten die von den projektbegleitenden Infrastrukturmaßnahmen betroffen sind, sollte nicht unterschätzt werden.

An dieser Stelle sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass dieselben politischen Kräfte die den Strukturbruch im Rheinischen erst mit herbeigeführt haben, heute den Widerstand gegen das Projekt Future Site InWest unterstützen.

Plakate mit der Aufschrift "Rettet den Junkerswald und L364n stoppen" zeigen, dass lang andauernde rechtliche Auseinandersetzungen auf den Projektträger zukommen werden. Das Projekt Future Site InWest hat auch kein Alleinstellungsmerkmal. Ganz im Gegenteil. An den bisherigen Kraftwerksstandorten bieten sich jetzt schon Konversionsflächen als Standorte für Industrieansiedlungen an.

Schon im April 2018 war zu lesen:

"31 Hektar Industriegebiet, 93.000 Quadratmeter Logistikhalle, 10.000 Quadratmeter Produktionshalle und über 500 Arbeitsplätze: Das bietet das neue interkommunale Industriegebiet „Am Grachtweg“ in Eschweiler. Anlässlich des offiziellen Beginns der Erschließung und der ersten Ansiedlung betonte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet: „Das neue Industriegebiet ‚Am Grachtweg‘ ist eine wichtige Investition in die Zukunft des Rheinischen Reviers. Dieses Projekt zeigt, wie Strukturwandel gelingen kann, wenn alle Beteiligten – die Stadt Eschweiler, die Gemeinde Inden, die Innovationsregion Rheinisches Revier, die Entwicklungsgesellschaft indeland und RWE Power – an einem Strang ziehen“.

Das Fazit der AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg lautet daher: Das Projekt Future Site InWest getragen vom Kreis Heinsberg, den Städten Heinsberg, Geilenkirchen und Hückelhoven sowie der WFG Kreis Heinsberg und NRW.URBAN geht einer sehr unsicheren Zukunft entgegen.

Die AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg dankt der Verwaltung des Kreises Heinsberg, die in der Corona-Krise alle auftretenden Problemen hat bewältigen können.

Im Namen der AfD Fraktion danke ich dem Kämmerer Herrn Goertz und allen, die an der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2022 beteiligt waren für ihre gute Arbeit.

Allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung und allen Mitgliedern des Kreistages Heinsberg wünschen wir für die kommenden Monate Gesundheit und Schaffenskraft, damit wir gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen bestehen können.

AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg
Jürgen Spenrath
Fraktionsvorsitzender